

Präsident Sarkozys Projekt einer Finanztransaktionssteuer

Präsident Sarkozy kündigte am 29. Januar in einem Fernsehinterview eine Reihe von Reformen an, darunter auch eine Finanztransaktionssteuer (FTS), die am 1. August 2012 in Kraft treten soll. Der französische Vorschlag unterscheidet sich erheblich von dem Entwurf der Europäischen Kommission vom 28. September 2011 für eine EU-weite FTS.

- Der **EU-Entwurf** enthält einen Steuersatz von 0,1 Prozent auf den Handel von Aktien **und** Anleihen und einen Steuersatz von 0,01 Prozent auf den Handel von **Derivaten** von Aktien und Anleihen.

Demgegenüber sieht der **französische Vorschlag** vor, mit einem einheitlichen Steuersatz von 0,1 Prozent

- alle **Aktien**, die an der Pariser Börse gehandelt werden,
- sowie sogenannte **nackte CDS**, d. h., Kreditausfallversicherungen für Staatsanleihen, die der Käufer selber nicht besitzt,

zu belasten.

Dabei sind beim Handel mit Aktien ausgenommen:

- Neuplatzierungen
- Rückkäufe
- Handel mit Aktien innerhalb einer Unternehmensgruppe

Die FTS soll vom **Käufer** entrichtet werden.

Im Unterschied zur **britischen Stempelsteuer** soll die französische FTS auch den **Hochfrequenzhandel** mit Aktien erfassen.

Angesichts der Drohung französischer Banken, sich im Falle einer Besteuerung des Handels mit Staatsanleihen, der ein weitaus größeres Volumen als der Handel mit Aktien hat, von der Pariser Börse zurückzuziehen, verzichtete das französische FTS-Vorhaben auf eine Besteuerung von Anleihen. Daher wird geschätzt, dass die angekündigte Finanztransaktionssteuer nicht mehr als **eine Milliarde** Euro einbringen wird. Und auch dies bleibt abzuwarten. Eine „Entschleunigung“ der Finanztransaktionen ist damit jedenfalls nicht zu erreichen.